

»Theater muss sein«

Aber zu welchem Preis und wie?

Bernd Wagner

»Theater muss sein«, mit diesem Appell hat der *Deutsche Bühnenverein (DBV)* vor einigen Jahren ein Motto kreiert, das seither über Aufkleber, Tagungstitel, Plakate etc. weit verbreitet wurde. Dieser Appell war lange Zeit wenig umstritten, strittig war höchstens – und das auch erst in den letzten Jahren – wie viel der Gesellschaft das Theater wert ist. Das hat sich anscheinend geändert. Denn vor wenigen Wochen hat der *DBV* eine kleine Broschüre herausgebracht mit dem Titel »Muss Theater sein?« Darin geben einige Theaterregisseure, Autoren und Dramaturgen Auskunft, warum Theater sein sollte und worin seine Bedeutung liegt, und Rolf Bolwin, der Direktor des *DBV*, greift dort einige der Schlagworte der gegenwärtigen Theaterstrukturdebatte auf. Nicht, dass der *Bühnenverein* an seinem Motto zweifeln würde, aber in Gesellschaft und Politik scheint seine Überzeugungskraft nicht mehr unumschränkt Gültigkeit zu besitzen. Dazu passt, dass die Berliner *Sophiensäle*, die mit freien Gruppen ein interessantes, hippestes Programm zwischen Theater, Musik und Performance bieten, mit einem Aufkleber werben »Theater muss nicht sein!« Die Selbstverständlichkeit der weitgehend fraglosen öffentlichen Förderung der Theater, die etwa seit der Weimarer Republik zum Grundkonsens deutscher Kulturpolitik gehört, scheint brüchig zu werden. (Vgl. hierzu auch den *Kulturpolitischen Streifzug* »Das Floß der Medusa ...« in diesem Heft, S. 17-19)

Eine veränderte Situation

»Das unbequeme Erbe. Die Zukunft des Deutschen Stadttheaters« heißt das Schwerpunktthema des diesjährigen Jahresheftes von *Theater heute*. »Scheitern der Geister. Zur Theaterdiskussion in Deutschland« ist der Eröffnungsartikel im Oktoberheft von *Theater der Zeit* überschrieben, »Vor dem Flächenbrand? Die Theater und die Finanzkrise« lautet der Themenschwerpunkt von Heft 4/2003 der *Deutschen Bühne*. In den drei »Zentralorganen« der deutschsprachigen Theaterwelt nimmt die kultur- und finanzpolitische Situation der deutschen Theater gegenwärtig einen zentralen Platz ein. Das zeigt, wie ernst dessen Lage heute, 10 Jahre nach Schließung des Berliner *Schiller-Theaters*, gesehen wird, ähnlich in den Feuillet-

tons der überregionalen Zeitungen (vgl. hierzu beispielsweise die *Kulturpolitischen Streifzüge* in Heft 99 und 100 der *Kulturpolitischen Mitteilungen* sowie in dieser Ausgabe). Diese publizistische Debatte hat ihre Entsprechung in verschiedenen theaterpolitischen Initiativen. So hat der Bundespräsident im letzten Jahr eine Kommission zur Entwicklung von Reformvorschlägen für die Theater ins Leben gerufen, die mittlerweile ihren Zwischenbericht vorgelegt hat. Am 3.10. haben sich im *Schiller Theater* in Berlin unter dem Titel »Theaterland wird abgebrannt« 400 Theaterleute zu einer Protestveranstaltung getroffen und ein Theatermanifest verabschiedet, und am 14.11. waren nochmal so viele der Einladung der *Kulturstiftung der Länder* zum »Bündnis für Theater« nach Berlin gefolgt.

Die gegenwärtigen Aktivitäten, publizistischen Debatten und Reformvorschläge unterscheiden sich vor allem wegen der gewandelten finanziellen, gesellschaftlichen und kulturpolitischen Rahmenbedingungen von den seit den siebziger Jahren bekannten Protesten gegen Mittelkürzungen von Theatern und androhte Theaterschließungen. In den siebziger und achtziger Jahren stiegen die Kulturausgaben überproportional zu den allgemeinen Kommunal- und Länderetats. Kultur und Kunst, und damit auch deren Förderung, hatten einen hohen Stellenwert in der Gesellschaft, und die wirtschaftliche Lage war trotz konjunktureller Schwankungen weitgehend stabil. Der Wohlfahrtsstaat in seiner bundesrepublikanischen Ausprägung schien noch in voller Blüte und wurde weiter ausgebaut. Trotz dieser positiven Rahmenbedingungen gab es auch damals immer wieder an einzelnen Orten Kürzungen von Theateretats und Schließungsdiskussionen. Die breiten Proteste dagegen waren aber wegen der gesamtgesellschaftlichen Situation meist erfolgreich.

Diese änderte sich in den neunziger Jahren. Die Finanznot der öffentlichen Haushalte, vor allem der Kommunen, nahm zu und mit ihr die Sparzwänge der Kulturetats. Vor 10 Jahren wurde das Berliner *Schiller-Theater* geschlossen. Die Schließung dieses renommierten großen Theaters war ein Fanal dafür, dass die Lage ernst war, ernster als in den Jahrzehnten zuvor, und auch dafür, dass der Protest der Theater

Bernd Wagner ist wissenschaftlicher Leiter des Instituts für Kulturpolitik der Kulturpolitischen Gesellschaft.



und Theaterinteressierten gegen öffentliche Kürzungspolitik allein nicht hinreicht.

Etwa zu dieser Zeit endete auch in vielen Kommunen die bis dahin übliche Praxis, dass die Theateretats in den jährlichen Haushaltsplanungen automatisch um den Betrag der zu erwarteten Tarifsteigerungen des öffentlichen Dienstes aufgestockt wurden. An einzelnen Orten gab es für Theater zum Teil einschneidende Etatkürzungen, die allerdings oft in den folgenden Jahren dank neuerlicher Mittelsteigerungen ausgeglichen wurden. Andere haben längerfristige Einbußen ihrer Mittel hinnehmen müssen. An einigen kleineren Theatern wurde der Spielbetrieb mit eigenen Ensembles eingestellt, Sparten wurden aufgelöst – vor allem im Tanzbereich – und Theater fusioniert. Bei den Beschäftigten wurden frei werdende Stellen nicht wieder besetzt und Arbeitsplätze abgebaut. Nach der Statistik des *DBV* sank die Zahl der am Theater Arbeitenden in den letzten 10 Jahren von 45 000 auf 39 000. Die Arbeitsabläufe in den Theatern wurden vielfach entbürokratisiert und effektiviert, Eigeneinnahmen erhöht und die Tarifstrukturen vereinfacht.

Das Theater und sein Preis

Trotz dieser Veränderungen steigt der Finanzbedarf der Theater allein dadurch, dass ein großer Teil der Beschäftigten des personalintensiven Sektors zum öffentlichen Dienstes gehören und die jährlich ausgehandelten Lohnsteigerungen auch für die Theater gelten, die künstlerisch Beschäftigten zählen nicht dazu. In anderen volkswirtschaftlichen Bereichen werden steigende Lohnkosten durch Produktivitätssteigerungen aufgefangen, was im Kunst- und Kultursektor nach dem Baumol-Bowenschen »Kostenkrankheitsargument« nicht möglich ist. Im Kulturbereich können die Produktivitätsfortschritte nur geringer ausfallen als die Lohnerhöhungen. Wegen dieser Produktivitätslücke der »life performing arts« entsteht eine »Kostenexplosion«, die so lange es möglich und gewollt ist, durch steigende öffentliche Zuschüsse aufgefangen wird (vgl. W. J. Baumol/W. G. Bowen: »Performing Arts. The Economic Dilemma«, New York 1966).

Obwohl ab Mitte der neunziger Jahre die Krise der öffentlichen, vor allem der kommunalen Haushalte manifest wurde und es bei einzelnen Theatern teilweise zu erheblichen Zuwendungskürzungen kam, stiegen die öffentlichen Zuschüsse für die von der Theaterstatistik erfassten Stadt- und Staatstheater zwischen 1991/92 und 2001/2002 um knapp 28 Prozent. Da zudem die Zahl der Besuche in diesem Zeitraum um 1,2 Prozent zurück gegangen war, stieg der durchschnittliche öffentliche Zuschuss pro Theaterbesucher von 145 DM auf 96 € (188 DM), d.h. um knapp 29 Prozent. Die Kostensteigerung an den Theatern war noch höher, wurde aber durch eine

Steigerung der Einspielergebnisse von 13,2 Prozent auf 16,1 Prozent zum Teil aufgefangen. (Alle Angaben beziehen sich auf die »öffentlichen Theaterunternehmen«, das heißt die Stadt- und Staatstheater ohne die »Privattheater«, von denen allerdings einige – wie in Berlin – auch öffentlich getragene Theater sind. Sofern nicht anders vermerkt, sind die Zahlen in diesem Beitrag der »Theaterstatistik« des *DBV* für das jeweilige Jahr entnommen. Eine ausführliche Darstellung der Daten zur Theaterentwicklung findet sich im »Jahrbuch für Kulturpolitik 2004: Theaterreform«, das im April 2004 erscheinen wird.)

Verglichen mit den beiden Dekaden zuvor fiel der Anstieg der Theaterausgaben in den neunziger Jahren aufgrund der erwähnten finanziellen und kulturpolitischen Rahmenbedingungen sowie der Bemühungen der Theater um Kostenreduktion moderat aus. Zwischen 1970 und 1980 wuchsen die öffentlichen Ausgaben für die Theater um 205 Prozent und zwischen 1980 und 1990 um knapp 50 Prozent. Der Betriebszuschuss pro Theaterbesucher stieg in diesen beiden Dekaden von 23 DM (1970) über 74 DM (1980) auf 128 DM (1990), das sind über 405 Prozent, bei sinkenden Eigeneinnahmen von 26 Prozent (1970) auf 15 Prozent (1990).

Trotz dieser beträchtlichen Steigerungsraten der öffentlichen Mittel für die Theater wuchs der Anteil der Theaterförderung an den Kulturretats nicht, sondern ging zurück. Nach Angaben des *Statistischen Bundesamtes* hatten die öffentlichen Ausgaben für Theater und Musik 1975 einen Anteil von 45 Prozent der gesamten öffentlichen Kulturaufwendungen, 1990 betrug er knapp 39 Prozent. In diesem Zeitraum stiegen die Ausgaben von Bund, Ländern und Gemeinden für Kultur um 202 Prozent, die für Theater und Musik um 159 Prozent. (*Wirtschaft und Statistik* 11/1994)

Ende der neunziger Jahre liegt der Anteil der Theaterförderung an den öffentlichen Kulturhaushalten zwischen 27 und 35 Prozent (je nach Abgrenzung der Kulturretats und der Einbeziehung der Musikförderung; vgl. Michael Söndermann, in: »Jahrbuch für Kulturpolitik 2000«, S. 357 f.).

Wenn etwa ein Drittel der Kulturausgaben für die Theaterförderung aufgewandt wird, so liegt der Anteil der Theaterkosten an den Kulturretats in den einzelnen theatertragenden Städten mit 35 bis 65 Prozent z.T. erheblich darüber. (S.a. Tabelle S. 45) Gegenüber den Gesamtzahlen wird hier die herausgehobene gesellschaftliche Bedeutung, die den Theatern von der Kultur- und Kommunalpolitik zugemessen wird, besonders deutlich.

Offensichtlich ist aber auch, etwa wenn die Hälfte des Kulturhaushalts oder mehr für die Theaterförderung aufgewandt wird, die zentrale Rolle, die den Theaterausgaben zukommt, wenn die Kulturretats weiter gekürzt werden müssen beziehungsweise stagnieren. Die Kosten der Theater steigen weiter, und

bei gegebenen Rahmenbedingungen gibt es nur die Alternative, diese von der öffentlichen Hand zu tragen, was dann zu Lasten der Förderung anderer Kultur- und Kunsteinrichtungen geht, oder die Ausgaben auch für die Theater zu reduzieren beziehungsweise zu »deckeln«, was aber in Anbetracht der Personalintensität auf das Gleiche hinausläuft. Da nach den inneren Reformmaßnahmen der Theater der letzten Jahrzehnte, wie vom *Bühnenverein* und einzelnen Theatern versichert wird, innerhalb der bestehenden Theaterstrukturen und -institutionen keine nennenswerten Einsparpotenziale mehr bestehen, läuft der letztere Weg mittelfristig entweder auf die Schließung von weiteren Sparten und Theatern in einem Umfang hinaus, der alle bisherigen Entwicklungen in den Schatten stellt, oder die Theaterlandschaft wird als Ganze strukturell so tiefgreifend reformiert, dass auch die Kernbestandteile des »deutschen Theatersystems« – weitgehende flächendeckende Angebote durch feste, möglichst Dreipartenhäuser mit eigenem Ensemble und Repertoirebetrieb – nicht mehr sakrosankt sind.

Skylla und Charybdis?

In Anbetracht der gesamtgesellschaftlichen Situation – natürlich gibt es eine, immer wieder zu skandalisierende, von der Politik mit zu verantwortende eklatante Diskrepanz zwischen privatem Reichtum und den hoch verschuldeten öffentlichen Kassen, sind die Prioritäten innerhalb der öffentlichen Haushalte einseitig zugunsten ökonomischen Wachstums gesetzt und haben Kultur- und Kunstförderung in allen Parteien nur wenig Fürsprecher – ist die Kulturpolitik gezwungen, in einer ganz anderen Weise als bislang zu diskutieren und letztlich auch zu entscheiden, was ihr das Theater »wert« ist, was es ihr bedeutet und welche Art Theater sie will.

Da dies keine leichte Aufgabe ist und damit das stillschweigende Selbstverständnis bisheriger Kulturpolitik in Frage gestellt wird, versuchen die kulturpolitischen Akteure dieser Debatte auszuweichen und einen Mittelweg zu finden. Kürzen ja, aber nicht so stark wie die anderen Kultureinrichtungen, was folglich zu Lasten der anderen geht, auch wenn das »keiner will«, und der Anteil der Theaterausgaben an den Haushalten steigt. Das wird auf der Ebene der gesamten Kulturaufwendungen noch nicht deutlich, da die realen Zahlen der letzten Jahre noch nicht vorliegen. Aber bei einzelnen Städten zeigt sich das bereits.

In unserer kleinen Umfrage zur Entwicklung der Kommunalhaushalte (vgl. Kröger/Sievers in diesem Heft) wird deutlich, dass von 25 theatertragenden Städten, die hierzu Angaben gemacht haben, bei 8 der Anteil der Theaterausgaben am Kulturetat in etwa gleich bleibt ($\pm 1\%$); bei 6 zurückgeht und bei 11 steigt. Bezogen auf die Ausgaben in einer vorherge-

henden Umfrage von 1994 ist bei vier von elf vergleichbaren Städten der Anteil der Theaterausgaben gesunken, u. a. in Zwickau um fast die Hälfte und in Chemnitz um 10 Prozent, während er in den übrigen Städten zum Teil gehörig stieg, so in Essen und Göttingen um etwa 9 Prozent.

Die prekäre Situation der öffentlichen Kulturausgaben und der Theaterförderung hat auch deshalb gegenwärtig eine neue Stufe erreicht, weil es nicht mehr allein die Kommunen sind, denen vielfach ein rigoroser Sparzwang auferlegt ist, sondern auch die Länder bei ihren Haushaltsplanungen für 2004 und 2005 von erheblichen Finanzkürzungen ausgehen. Dabei sind erstmals in größerem Umfang auch die Kulturetats der meisten Länder betroffen. Das gilt für das rot-grün regierte Nordrhein-Westfalen ebenso wie für das CDU-regierte Hessen. Hier wie in Baden-Württemberg, Niedersachsen, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Rheinland-Pfalz sind auch Kürzungen der Theater- und Orchesterzuwendungen angekündigt. Diese fallen allerdings für die einzelnen Theaterarten oft sehr unterschiedlich aus. (Vgl. hierzu die verschiedenen Berichte zu den einzelnen Länderhaushalten in diesem Heft).

Eine solche Breite der Mittelkürzungen für Theater auch auf Landesebene hat es bislang noch nicht gegeben, weswegen gegenwärtig der Finanzdruck auf viele Theater größer ist als in den Jahren zuvor. Und es ist – ebenfalls im Unterschied zu früheren Jahren – absehbar, dass jetzige Kürzungen auf kommunaler oder Landesebene nicht im nächsten oder übernächsten Haushalt durch entsprechende Steigerungen wieder wettgemacht werden. Eine andere Alternative als die oben erwähnte scheint nicht absehbar: entweder eine weiter steigende Förderung der Theater, auch zu Lasten anderer Kultur- und Kunstformen, oder eine tief reichende »Strukturreform« mit Theaterverbänden, Fusionen, Sparten- und absehbar auch Theaterschließungen, neue regionale Finanzierungskonzepte eine engere Verflechtung der verschiedenen Theaterarten, der Stadt- und Staatstheater mit freien Gruppen und Privattheatern. Das würde auf eine größere Vielfalt unterschiedlicher Theaterstrukturen mit neuen Produktionsweisen, die von der freien Szene und ausländischen Erfahrungen inspiriert sind, hinauslaufen. Das »traditionelle« Dreipartentheater mit Ensemble und Repertoire hätte hierin weiter seinen Platz, wäre aber nicht mehr die dominante Form, auf die heute mehr als 90 Prozent der öffentlichen Theaterfördermittel entfallen. Das wäre sicher für viele ein schmerzhafter und auch nicht kurzfristig zu realisierender Weg, sondern liefe auf einen längeren Prozess der Umwandlung unserer Theaterlandschaft hinaus. Die Kulturpolitik muss allerdings jetzt mit einem solchen Umbau beginnen, damit er mittel- und langfristig auch zur Entlastung der Kulturetats führen kann.

Theater muss sein ...

Von der Kulturpolitik müssen aber heute die Fragen diskutiert werden: »welches«, »warum«, »für wen«, mit »welchen Strukturen« und zu »welchem Preis«?

Die Theaterkunst ist um die 2 500 Jahre alt, das deutsche Theatersystem, wie wir es heute kennen, mit festem Haus, Repertoire und Ensemble, etwa 200 Jahre und als weitgehend öffentlich gefördertes Theater mit einer flächendeckenden Versorgung der städtischen Bevölkerung knapp 100 Jahre alt. Wenn »Theater sein muss und sein wird«, dann ist nicht unbedingt gesagt, dass trotz in der Regel guter Leistungen, die vom kleinen Einspartenhaus in der mittelgroßen Stadt bis zu großen Bühnen in Berlin, Hamburg oder München allabendlich erbracht werden, dies weiter in der Form geschehen kann, wie sie sich seit der Weimarer Zeit herausgebildet hat.

Auch »warum« es sein muss, ist nicht mehr selbstverständlich. Die alte, noch von den Theatern an den Fürstenhöfen kommende und vom bildungsbürgerlichen Theater des 19. Jahrhunderts weiter geführte Repräsentationsfunktion (siehe z. B. die Theaterneubauten) ist ebenso noch mit heutigem Theater verknüpft wie die Schillersche Forderung von der »Schaubühne als moralischer Anstalt« und die Vorstellung des Bürgertums vom Theater als Ort der Werte- und Sinnorientierung, der Aufklärung und der Bildung. Aber vermutlich ist mit dem »Verschwinden des Bürgertums« dem Theater auch ein Teil dieser Funktionen und Aufgaben verloren gegangen, und diese werden – wenn eine solche Öffentlichkeit überhaupt noch besteht – teilweise von anderen Medien wahrgenommen.

Auch wenn das Theater diese »bürgerlich«-aufklärerische Funktion noch hat, dann sicher nur für einen kleiner werdenden Teil der Gesellschaft. Die etwa 19 Mio. Besuche der öffentlichen Theater beziehungsweise 31 Mio. aller in der Theaterstatistik erfassten Theater widersprechen dem nicht, wenn die Aufführungsstatistik daneben gelegt wird, wo im Sprechtheater intelligentes Unterhaltungstheater, Kinder- und Jugendstücke und die »Bildungsklassiker« die Spitzenplätze einnehmen und im Musiktheater die gängigen Musicals und das klassische Opernrepertoire. Daran ist nichts Verwerfliches, nur entspricht es nicht den in Spielzeitvorworten, programmatischen Reden und Programmheften vielfach formulierten »hohen« Ansprüchen, was »Theater soll«. Wenn die Selbstbegründung des Theaters durch die eigene Praxis und damit die bisherige Legitimation seiner Förderung brüchig wird, dann ist es an der Zeit, diese neue zu diskutieren und die Funktion des Theaters für die einzelnen Bevölkerungsgruppen

neu zu reflektieren. Notwendig ist dann auch, das Theater zumindest teilweise entsprechend der veränderten Rezeptionsformen und Ansprüchen in seinen Strukturen und Arbeitsweisen neu zu gestalten.

Diese Themen und Fragen sind der eigentliche Gegenstand der Diskussion um Perspektiven und Strukturen eines zeitgenössischen Theater jenseits von Musealität und Amusement. Der gegenwärtige Finanzdruck ist der Anlass für die anstehende Theaterdiskussion, die in erster Linie eine kulturpolitische ist, eine über die Ziele und Aufgaben von Theater und Theaterförderung in einer gesellschaftlich und kulturell gewandelten Welt.

Vorankündigung

Herausgegeben vom Institut für Kulturpolitik der Kulturpolitischen Gesellschaft

Red.: Thomas Rübke und Bernd Wagner

Jahrbuch für Kulturpolitik 2004

Band 4, Thema: Theaterstrukturen

Kulturstatistik • Chronik • Literatur • Adressen

Ca. 450 Seiten, 19,90 Euro, Essen: Klartext Verlag 2002

ISBN 3-89861-297-X, Erscheinungstermin: April 2004

Proteste von Theatern gegen die Kürzung ihrer Mittel, Fusionen und Sparten- bzw. Spielstättenschließungen sind gegenwärtig ebenso häufig wie Tagungen und Kongresse zur Zukunft des deutschen Theaters. Im Mittelpunkt stehen dabei der Druck der öffentlichen Haushalte auf die Theater und, zumindest teilweise, der Zusammenhang von Theaterfinanzierung und Reformbedarf an den Theatern.

Die notwendigen Strukturveränderungen von Theatern sind aber nicht allein eine Frage der steigenden Kosten bzw. zurückgehender öffentlicher Mittel, sondern auch veränderter künstlerischer Produktionsweise und Rezeptionsformen sowie eines durch neue Medien, wachsende Freizeitindustrie und Globalisierung weitgehend veränderten kulturellen Umfeldes.

Gegenstand der Beiträge dieses Jahrbuches sind die verschiedenen Dimensionen der Theaterlandschaft in Deutschland und ihrer Strukturveränderung. Im Zentrum steht dabei das »deutsche Stadt- und Staatstheatersystem« mit Mehrspartenbetrieb, Ensemble und Repertoire und seiner unvergleichlichen Dichte des Theaterangebotes, aber auch die oft fehlende Kooperation, Abstimmung und Arbeitsteilung sowohl zwischen den Stadttheatern untereinander als auch zwischen ihnen und anderen Theatern. Es werden darüber hinaus auch andere Produktionsformen etwa im freien Bereich und in anderen europäischen Ländern betrachtet in Hinblick auf mögliche Anregungen für organisatorische und strukturelle Reformen.

Mit Beiträgen u.a. von Rolf Bolwin, Roberto Ciulli, Cornelia Dümcke, Niels Ewerbeck, Holk Freytag, Peter Frankenberg, Kirsten Hass, Peter Iden, Armin Klein, Knut Nevermann, David Ranan, Udo Salzbrenner, Roland Schneider, Wolfgang Schneider, Oliver Scheytt, Dietmar N. Schmidt, Jörg Stüdemann, Tom Stromberg, Alice Ströver, Peter Vermeulen, Michael Vesper, Antje Vollmer, Johanna Wanka, Christina Weiss und Klaus Zehelein.

Zusätzlich zum Schwerpunkt enthält das Jahrbuch Beiträge zur Kulturstatistik, eine kulturpolitische Chronik des Jahres 2003 sowie eine Bibliografie und wichtige Adressen zur Kultur und Kulturpolitik.